

Birma:

# Liberalisierung? oder Machterhaltungstrieb eines despotischen Regimes?

1989 wird in die Geschichte eingehen als ein Jahr, in dem die Regierungen einer Reihe von sozialistischen Ländern durch die Bevölkerung dazu gezwungen wurden, den in den jeweiligen Verfassungen verankerten Anspruch auf Alleinregierung einer einzigen sozialistischen Partei aufzugeben: wie z.B. DDR, CSSR, Bulgarien, Rumänien. Die Ausnahme bildete China, da die Erhebung im Mai/Juni niedergeschlagen wurde.

Gescheitert war auch die nationale Forderung nach politischer Liberalisierung und freier marktorientierter Wirtschaft in Birma. Das war jedoch ein Jahr zuvor, 1988. Von Juli bis September verlangten Millionen Menschen in Rangun - friedlich und diszipliniert - Freiheit und Demokratie. Das war ein spontaner Aufstand, es gab keinen Oppositionsführer, keine etablierte Opposition, keine organisierten Dissidentengruppierungen. Das militärische Regime beendete die Demokratiebewegung durch brutale Erschießungen von Demonstranten; die Szenen wiederholten sich 1989 in China, was die Weltpresse ausführlich berichtete (dazu hatte der Staatsbesuch Gorbatschows maßgeblich beigetragen). Im Gegensatz dazu erfuhr die Weltöffentlichkeit kaum von dem Pogrom in Birma, obwohl die Niederschlagung des Aufstands im Vergleich zu China noch viel heftiger war (William H. Overholt: "Dateline Drug Wars. Burma: The wrong enemy"; in National Policy, Jan. '90, S. 172-191; detaillierte Beschreibung der blutigen Ereignisse in Birma findet man im Buch von Bertil Lintner "Outrage" - Buchbesprechung in SOAI 3/89).

Seither sind schon zweieinhalb Jahre vergangen. Es stellt sich nun die Frage, was aus den zwei wesentlichen Zugeständnissen, die das Regime damals notgedrungen gemacht hat, geworden ist: nämlich die Liberalisierung der Politik und die Öffnung zur freien Marktwirtschaft, die sog. "Open Door-Policy". Um diese Fragen zu beantworten, müssen die politischen wie wirtschaftlichen Entwicklungen in diesem Land anhand von Maßnahmen, die die Regierung bisher vorgenommen hat, analysiert werden, so daß man beurteilen kann, ob es die allein herrschende Clique mit den erklärten Absichten ehrlich meint oder vorhat, die Bevölkerung zu beschwichtigen.

Um den Werdegang der letzten Monate zu untersuchen, ist es unumgänglich, einige Fakten des Landes und die Hauptereignisse kurz vor und während der Protestwelle festzuhalten.

Vor dem Militärputsch 1962 genoß Birma den höchsten Lebensstandard in Südostasien (1960 Einkommen je Kopf und Jahr: US\$ 600, 1987: \$ 200). Nach dem Staatsstreich ging es mit der Wirtschaft Birmas stetig bergab, dank der Staatsideologie, die auf einer seltsamen Mischung aus Sozialismus, Buddhismus und Nationalismus verbunden mit Xenophobie basierte, genannt der birmanische Weg zum Sozialismus. Die maßgeblichen Faktoren, die zu den Ausbrüchen im Jahre 1988 geführt hatten, waren:

1. die Ankündigung am 5. Sept. '87, daß die höchsten Banknoten ab sofort wertlos waren (damit wurden bis 80 % des sich in Umlauf befindlichen Geldes auf einen Schlag vernichtet);

2. die übermäßige Gewaltanwendung der Sicherheitspolizei beim Zusammenstoß mit den Studenten (im März und Juni '88), die einige Hundert Todesopfer gefordert hat. (Eine Chronologie der Ereignisse vom Sommer 88 erschien in SOAI 3/88.)

Obwohl General Ne Win, der unumschränkte Machthaber in Birma, offiziell am 23.11.88 zurückgetreten war, behielt er die Fäden in der Hand. Seine Nachfolger, der "Schlächter" General Sein Lwin und der Zivillist Dr. Maung Maung, waren Kreaturen Ne Wins. Nach dem Ausrufen eines unbefristeten Generalstreiks am 8.9.88 und einem allgemeinen Volksaufstand übernahm das Militär unter General Saw Maung in einem blutigen "Staatsstreich" die Macht, die es ohnehin besessen hatte. Der Rat für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung im Staat (SLORC) besteht aus 19 Offizieren und führt seitdem die Regierungsgeschäfte durch die vollständige Unterdrückung jedes innenpolitischen Protestes. Offiziell werden für den 27. Mai 1990 "freie Wahlen" geplant.

Doch das Kriegsrecht bleibt in Kraft. Die Parteien brauchen von der Regierung für jegliche politische Aktivität eine Genehmigung, Schriftstücke, auch Plakate, müssen vor ihrer Veröffentlichung genehmigt werden. Was die Bediensteten lesen dürfen, schreibt die Regierung vor.

Es existiert eine einzige Zeitung im ganzen Land, die de jure wie de facto das Propagandaorgan der Regierung ist.

Aus dieser Auflistung ist ersichtlich, daß es sich hier nicht um Bestimmungen eines Wahlverfahrens handelt, sondern um eine Aufführung willkürlicher Einschränkungen, mit denen die Militärmachthaber die aussichtsreichen Parteien an einer Wahlbeteiligung zu hindern beabsichtigen. Vor dem Ausschuß "Asia and Pacific Affairs and Human Rights" sowie vor internationalen Organisationen sagte Holly Burkhalter von der Menschenrechtsorganisation Asia Watch am 13. Sept. '89 folgendes aus: In den vergangenen zwei Monaten habe das Militär intensive Verfolgungsmaßnahmen gegen die oppositionellen Parteikräfte und Aktivisten vorgenommen. Asia Watch erhielt in den letzten Wochen Meldungen über 2400 nachweisbare Verhaftungsfälle. 1300 der Verhafteten sind von der Partei National League for Democracy (NLD), 600 von anderen Parteien und der Rest Parteilose. Schätzungsweise liegt die Zahl der Verhafteten zwischen 3.000 und 10.000 (The Burma Review, Okt. '89, S. 4-7). Ferner befinden sich 15 von 33 Mitgliedern des Zentralkomitees der NLD in Haft. Am 20.7. wurden Frau Aung San Suu Kyi und U Tin Oo, zwei führende Politiker der gleichen Partei, unter Hausarrest gestellt. Über die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die Generalsekretärin der Partei, schrieb Gabriele Venzky (TAZ, 10.8.89): Würden heute Wahlen stattfinden, gewänne Aung San Suu Kyi! Inzwischen befindet sich U Tin Oo, der Vorsitzende der NLD, im Gefängnis. Er erhielt drei Jahre Haft und Zwangsarbeit. Im Dezember wiederholte die Junta das gleiche Spielchen. Diesmal war der ehemalige Premierminister U Nu, Schirmherr der League for Democracy and Peace und sehr angesehener alter Politiker, das Opfer. Auch der Ex-General Aung Gyi, der einen offenen kritischen Brief an Ne Win geschrieben hatte, darf laut Urteil der Wahlkommission von Ende Januar sich nicht an den Wahlen beteiligen, weil er Halb-Chinese ist (Ne Win selbst stammt aus einer chinesischen Familie).

Zügellose und drakonische Strafmaßnahmen sind an der Tagesordnung. Am 5. Okt. wurde Maung Thaw Ka, ein Mitglied des ZK der NLD, zu lebenslänglicher Haft mit Zwangsarbeit verurteilt; er hätte versucht, Konflikt unter den Streitkräften und dem Volk herbeizuführen. U Nay Min, ein Rechtsanwalt und freier Journalist für BBC wurde schuldig befunden und zu 14 Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt wegen Weitergabe staatsfeindlicher Informationen (B. Lintner, FEER v. 19.10.89). Vom 17.7. bis 22.12.89 wurden zahlreiche Urteile



gefällt, folgende sind ein Teil davon: Todesstrafe 22mal, lebenslänglich 1-, 20 J. Haft 2-, 19 J. Haft 1-, 7-15 J. Haft 8mal (alle mit Zwangsarbeit) usw. Diese Meldungen sind aus der Regierungszeitung! AI veröffentlichte über 100 Todesurteile!

Die "Open-Door-Policy", die die Regierung angekündigt hat und die zur Verbesserung der Wirtschaftslage beitragen sollte, ist nichts anderes als ein verwirrendes Bild. Zunächst einige Schlüsseldaten: Bruttosozialprodukt ca. 9-10 Mrd. US\$, Auslandsschulden ca. 4-5 Mrd. \$, Schuldendienst bis 90 % der Exporteinnahmen, Devisenreserve während des Aufruhrs weniger als 10 Mio. \$; Anteil des Schwarzmarkts am nationalen Handel bis 75 %, Inflationsrate über 30 %.

Zwar erlebte die ruinöse Kommandowirtschaft 1987 zögernd und zaghaft die erste Richtungsänderung. Das Regi-

me nahm Kontakt auf mit den Chinesen (VRC), um den Grenzhandel zwischen den beiden Ländern zu legalisieren. Im Oktober konnte der Handelsvertrag unterzeichnet werden (AW v. 17.2.89). General Chaovalit Yongchaiyut, der Chef der thailändischen Armee, traf am 14.12. in Rangun ein. Daraus entstanden Handelsabkommen zwischen Thailand und Birma. Unter dem akuten Geldmangel verkaufte Birma Holzexport- und Fischfangkonzessionen an Thailand. Z.Zt. haben sich 43 ausländische Unternehmer Holzexportkonzessionen erworben, was etwa 1,2 Mio. t Holz im Jahr entspricht (Dawn Nr. 20, Okt. '89). Bisher sind 8 Fischfanglizenzen ausschließlich an Firmen aus der südostasiatischen Region vergeben worden (B. Lintner, FEER v. 14.12.89). Andere devisenbringende Ausfuhrwaren sind Edelsteine, Perlen sowie Elfenbein (Dawn Nr. 21/89). Den Löwenanteil der Einnahmen bescherten im Okt./Nov. die Ölmultis. 28 Ölkonzern bewarben sich um Inlands-Ölexplorationskonzessionen und 9 Firmen erhielten sie (Dawn Nr. 20, Okt. '89).

Doch der ganze Trubel um die wirtschaftliche Liberalisierung täuscht. Der Int. Währungsfond (IWF), die Weltbank sowie die Asian Development Bank waren nicht bereit, Birma Investitionshilfe zu leisten (The Economist v. 18.11.89). Die internationalen Finanzinstitute verlangten von Birma eine Abwertung des Kyat (die Landeswährung) um 90 %, was Birma strikt verweigerte.

Die Ergebnisse der Handelsabkommen mit dem Ausland haben jedoch Mißver-



Straßenszene in Rangun, April 1988

Foto: R. Dusik

ständnis und Empörung ausgelöst, zumal die so eingenommene harte Währung hauptsächlich zur Waffenbeschaffung verwendet wird (Verteidigungsressort beansprucht über 50 % des Budgets in Birma), was wiederum nicht nur keine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, sondern noch mehr oder zumindest unverminderte Unterdrückung der Bevölkerung bedeutet. Verständlicherweise werfen die Birmaner den betreffenden Firmen vor, daß diese auf Kosten des birmanischen Volkes profitieren. Dabei geht es den Birmanern um Freiheit und Demokratie! Allen voran sind die Firmen in Singapur (schon am 16.10.88) mit Waffengeschäften und -lieferungen an Saw Maungs Regierung (B. Lintner, FEER v. 3.11.88), Firmen aus Thailand mit Holzkonzessionen (Regenwaldvernichtung durch rücksichtslose Abholzung, in Thailand ist z.B. Holzfällen seit Jan.89 untersagt; ferner machen die Birmaner darauf aufmerksam, daß die schweren Flutschäden '88 in Thailand mit 400 Todesopfern auf übermäßige Abholzung zurückzuführen sind). Hinzu kommen noch die Länder, mit denen Birma Waffenhandelsbeziehungen unterhält: Pakistan, Niederlande, BRD, Großbritannien, Belgien, Jugoslawien und Italien. Die birmanischen Schiffe verfrachten die Waffen nach Birma (S.S. Sagaing, Pegu, Magwe, Mandalay). Zahlungsmittel seitens Birmas: 200 Silberbarren nach Belgien, 6000 t Teakholz bester Qualität nach Großbritannien. In der BRD wird namentlich die Firma Fritz Werner Industrie GmbH genannt. Das

birmanische Volk findet es unvorstellbar, daß eine bundeseigene Firma Waffengeschäfte unterhält mit einem Land, in dem seit eh und je Bürgerkrieg herrscht, was das Grundgesetz ausdrücklich verbietet (Burma Alert, Jan. '90; Dawn Nr. 24, Dez. '89).

Ein Aspekt, der nicht unerwähnt bleiben darf, sind die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Birma. Die bekanntgewordenen Fälle von unmenschlichen Praktiken sind zahlreich und unübersehbar. Es ist höchste Zeit, daß man Schandtaten eines despotischen militärischen Regimes der Öffentlichkeit wie den verantwortlichen Politikern einflußreicher Nationen vermittelt, mit dem Ziel, Wege und Methoden zu finden, mit denen die gegenwärtige menschenverachtende Junta in Birma dazu zu bewegen ist, die Unterdrückung des eigenen Volkes zu unterlassen.

Für die Birmaner ist hinreichend klar, daß die herrschende Militärclique hilflos dem Machterhaltungstrieb unterliegt und daß sie mit allen Mitteln versuchen wird, an der Macht zu bleiben, koste es, was es wolle!

**Kyaw Than**

*Der Verfasser ist promovierter Ingenieur und lebt seit 1969 in der Bundesrepublik (ab 1962 Studium in der DDR). Er ist Vizevorsitzender des Committee for the Restoration of Democracy in Burma (CRDB) und 2. Vorsitzender der gerade gegründeten Deutsch-Burmesischen Gesellschaft.*